

Politik-Update Gemeinnützigkeit 11.6.2024

Ein Überblick über Meldungen und Ereignisse der vergangenen Wochen zum Gemeinnützigkeitsrecht, insbesondere bezüglich politischer Mitgestaltung.

Zum Stand der Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts.....	1
CDU-Grundsatzprogramm zu Stützen der Demokratie.....	2
Anti-Fake-News-Blog Volksverpetzer ohne Gemeinnützigkeit.....	2
Twitter-Alternative Mastodon nicht mehr gemeinnützig.....	3
Attac zehn Jahre ohne Gemeinnützigkeit.....	3
Ohne Gemeinnützigkeit sinnlos: Institut für Staatspolitik.....	3
Bürgerschaftliches Engagement für Demokratie als Risiko.....	3
Ausländische-Agenten-Gesetze in Georgien – und in der EU?.....	4
Kontakt.....	4

Zum Stand der Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Es war eine Achterbahnfahrt, ein Irrweg durchs Spiegelkabinett: Das uns vor bald einem Jahr angekündigte Jahressteuergesetz 2023 zum Ende des vergangenen Jahres, mit Abschluss im Bundestag in den den ersten Monaten 2024, heißt nun "Jahressteuergesetz 2024/II", ist noch nicht sichtbar, aber soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause von der Bundesregierung beschlossen werden und "etwas" zur Modernisierung der Gemeinnützigkeit enthalten. Das [Jahressteuergesetz 2024/I](#) ebenso wie das Wachstumschancengesetz (oder auch: Jahressteuergesetz 2023/I) enthalten nur minimale Spuren von Gemeinnützigkeit.

Unsere Chronologie zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts: Was bisher (nicht) geschah: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/modernisierung-des-gemeinnuetzigkeitsrechts-ampel-chronik/>

Die [regierende Ampel-Koalition hatte 2021 vereinbart, das Gemeinnützigkeitsrecht zu modernisieren](#) - "um der entstandenen Unsicherheit nach der Gemeinnützigkeitsrechtssprechung des Bundesfinanzhofes entgegenzuwirken". Im Sommer 2023 wurde dafür eine Arbeitsgruppe aus sechs (!) Staatssekretär:innen eingesetzt, um die Lösungen auszuformulieren. Diese hat sich (Stand Anfang Juni 2024) seit Anfang März nicht mehr getroffen. Es gibt in zentralen Punkten offenbar keine Einigung. Geeint ist wohl:

- gesetzliche Kodifizierung des "gelegentlichen" Engagements über den eigenen Zweck hinaus (bisher im AEAO als "vereinzelt")
- komplette Aufgabe der Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung (bisher nur für kleine Vereine mit Einnahmen bis 40.000 Euro/Jahr) - wird als Bürokratienteilnahme bezeichnet
- Journalismus nicht als gesetzlicher Zweck, sondern eine Erlassregelung, dass dies einem anderem Zweck (wohl Bildung) diene

Strittig ist noch die Einführung von E-Sport als gemeinnütziger Zweck. Für Zwecke wie die Förderung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit gibt es offenbar keine Einigung - wir vermuten, anders als im Koalitionsvertrag vereinbart wurde deren Notwendigkeit nicht ergebnisoffen und ideologiefrei geprüft.

Die Koalition könnte bei der Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts von abgeschlossenen demokratiepolitischen Vorhaben lernen: Etwa zu Transparenz oder zur Abgrenzung gegenüber Demokratiefeinden.

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/fortschritte-bei-demokratiepolitik-ohne-gemeinnuetzigkeit/>

Die Dringlichkeit der Modernisierung bezeugen immer mehr Briefe, die auf den Schreibtischen von Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und des Vize-Vize-Kanzler und zuständigen Fachministers Christian Lindner landen - von Förderstiftungen oder großen Stiftungen wie Robert-Bosch- und Bertelsmann-Stiftung; von gemeinnützigen Dachverbänden oder dem Bündnis für Gemeinnützigkeit. Wir haben einige hier zusammengestellt:

https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/dokumente/#aktuelle_briefe_und_stellungnahmen

CDU-Grundsatzprogramm zu Stützen der Demokratie

"Eine freiheitliche Gesellschaft benötigt sowohl demokratisch gewählte Parlamente, politisch verantwortliche Regierungen und umsetzungsstarke Verwaltungen als auch eine aktive Bürgergesellschaft, wie sie in Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Vereinen und Initiativen gelebt und von vielen Ehrenamtlichen getragen wird. Das eine kann und darf das andere nicht ersetzen." - "Ehrenamtlich tätige Frauen und Männer gehören zu den wertvollsten Stützen einer lebendigen Demokratie." - "Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft, in der die Menschen einander achten und füreinander da sind."

Wir hätten eher den moderneren, wissenschaftlich gebräuchlichen Begriff der Zivilgesellschaft verwandt und den unscharfen Begriff "Ehrenamt" vermieden. Ansonsten finden wir, dass die [CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm](#) Funktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren unverzichtbare Rolle für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenhalt gut beschreibt. Zivilgesellschaft als Summe ihrer Organisationen sind nicht einfach die Bürger:innen, es ist der Sportverein ebenso wie Fridays for Future.

https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/downloads/240507_cdu_gsp_2024_beschluss_parteitag_final_1.pdf

Anti-Fake-News-Blog Volksverpetzer ohne Gemeinnützigkeit

Der Anti-Fake-News-Blog "Volksverpetzer" gab am 14. Mai bekannt, das Finanzamt habe rückwirkend ab 2021 die Gemeinnützigkeit aberkannt. Der Volksverpetzer setzt sich ein gegen Desinformation und Hass im Netz, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. In der seit 2019 als gemeinnützig anerkannten Satzung der gemeinnützigen Unternehmergesellschaft (gUG) heißt es, diese fördere damit die internationale Gesinnung.

Niemand muss Fan von Volksverpetzer sein, um die Aberkennung problematisch zu finden. Sie ist Folge von Anzeigen und Anschwäzungen beim zuständigen Finanzamt. Sie zeigt eine Lücke bei den Zwecken im Gemeinnützigkeitsrecht auf. Und wer findet, der Volksverpetzer agiere selbst unausgewogen oder nicht faktenbasiert, braucht sich über die Aberkennung auch nicht zu freuen: Denn damit ist sie nicht begründet.

Unser Pressestatement zu dem Fall: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/gemeinnuetziger-zweck-fuer-volksverpetzer-fehlt/>

Twitter-Alternative Mastodon nicht mehr gemeinnützig

Ebenfalls Mitte Mai die Gemeinnützigkeit verloren hat der Open-Source-Kurznachrichtendienst Mastodon. Der Verein war mit unveränderter Satzung seit 2021 als gemeinnützig anerkannt. Als Konsequenz gründet Mastodon in den USA eine gemeinnützige Organisation ("501(c)(3) non-profit entity"), über die zukünftig auch steuerfreie Spendeneinnahmen möglich sein sollen.

<https://blog.joinmastodon.org/2024/04/mastodon-forms-new-u.s.-non-profit/>

Wir bei Mastodon: https://bewegung.social/@Allianz_Polit_Willensbildung

Attac zehn Jahre ohne Gemeinnützigkeit

Vor zehn Jahren erhielt Attac Deutschland den Bescheid des Finanzamts: Für die Jahre 2010 bis 2012 könne die Gemeinnützigkeit nicht bestätigt werden. Fünf Jahre später, im Jahr 2019, fällte der Bundesfinanzhof (BFH) sein berüchtigtes Attac-Urteil, dass politische Mittel vor allem für den Zweck der politischen Bildung massiv beschnitt. Der Fall Attac sendete Schockwellen durch die Zivilgesellschaft und ist noch immer exemplarisch für die Probleme des deutschen Gemeinnützigkeitsrechts.

<https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/attac-zehn-jahre-ohne-gemeinnuetzigkeit/>

Ohne Gemeinnützigkeit sinnlos: Institut für Staatspolitik

Am 14. Mai 2024 wurde bekannt, dass sich das rechtsextreme "Institut für Staatspolitik" auflöst/umstrukturiert. Der Verein hatte die Gemeinnützigkeit endgültig verloren. Die Gründe sind im Detail unbekannt - ob wegen Über-Zweck-hinaus-Handeln, wegen der Klausel in §51 Abs. 3 AO (Extremismus-Klausel) oder (wie es mal in einem Bericht hieß) unsauberer Kassenführung, wissen wir nicht. Ohne Gemeinnützigkeit mache so ein Verein keinen Sinn, sagte Kubitschek. Seit 2019 wurde das Institut vom Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestuft. Einige vermuten, Kubitscheks Verein habe einem möglichen Vereinsverbot zuvorkommen wollen.

Bürgerschaftliches Engagement für Demokratie als Risiko

Wenn gemeinnützige Vereine gegen Rechtsextremismus, für Rechtsstaatlichkeit demonstrieren, stoßen sie an die Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts. Fragen, ob ein gemeinnütziger Verein zu einer Demo gegen Rechtsextremismus aufrufen, eine solche veranstalten oder unterstützen darf, schlagen bei uns und vielen anderen Dachverbänden seit Wochen auf. Es gibt Unsicherheiten und Unklarheiten im Gesetz aufgrund eines veralteten Zweckkatalogs. Unsere Allianz hat vor diesem Hintergrund eine [Handreichung](#) mit Hinweisen und Hintergrundinformationen erstellt, was gemeinnützige Vereine dürfen.

Die Unsicherheit nutzen jene aus, die dann missliebige Vereine bei Finanzämtern "anzeigen". Wäre das Recht eindeutig und klar, würden die Anzeigen quasi verpuffen. So aber befragen die Finanzämter die Vereine und lösen Arbeit und Angst aus.

Dabei sind zivilgesellschaftliche Organisationen mit der wichtigste Schutz demokratischer Freiheiten. Das wissen Feinde der Demokratie, die darum hierzulande und noch mehr in anderen Staaten deshalb fast zuerst Vereine und Stiftungen angreifen, deren Recht beschränken.

Auf Antrag der AfD-Fraktion setzte der Sächsische Landtag im Februar 2024 einen Untersuchungsausschuss zum Thema "Mutmaßlich rechtswidrige Förderpraxis bei Asyl- und Integrationsmaßnahmen im Verantwortungsbereich von Staatsministerin Köpping aufklären" ein. Für diesen Ausschuss hat die AfD wohl sämtliche Akten angefordert, die mit der Förderrichtlinie "Integrative Maßnahmen" in Sachsen in Zusammenhang stehen könnten. Die Mitglieder des Ausschusses, inklusive 18 AfD-Abgeordneten, erhalten damit personenbezogene Daten aus den Unterlagen.

Ausländische-Agenten-Gesetze in Georgien – und in der EU?

Wie bedeutend Freiraum der Zivilgesellschaft für Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind, wird derzeit viel mit Blick auf Georgien berichtet. Am 14. Mai 2024 verabschiedete das georgische Parlament das Gesetz "über die Transparenz ausländischer Einflussnahme" – auch Ausländische-Agenten-Gesetz genannt. Wenige Wochen vorher wurde ein ähnliches Gesetz in Kirgistan beschlossen. Im weitesten Sinne geht es bei diesen Gesetzen darum, finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Ausland offen zu legen und zu stigmatisieren.

In Deutschland ist das Basisrecht zivilgesellschaftlicher Organisationen der Status der Gemeinnützigkeit, der weit über Steuervorteile hinaus geht. Die deutsche Politik und die EU blicken besorgt nach Osteuropa - andere Länder blicken besorgt auf Deutschland. [Mehrfach wurde Deutschland im Rechtsstaatlichkeitsbericht der EU für sein zu enges Gemeinnützigkeitsrecht gerügt. Im weltweiten Civicus-Index für zivilgesellschaftlichen Freiraum wurde Deutschland Ende 2023 abgestuft.](#) Das löst in anderen Ländern Angst aus, weil so die Praxis eines eigentlich freiheitlichen Landes zur Rechtfertigung von Restriktionen eher autoritärer Staaten dienen kann.

Georgien argumentiert, die EU strebe eine ähnliche Richtlinie an: Ein im Dezember 2023 veröffentlichte Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission hat tatsächlich Bezüge zu "Ausländischen-Agenten-Gesetzen". Die Richtlinie würde das Vereinigungsrecht verletzen und könnte zu unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand, Stigmatisierung und Schikanen führen. In den nächsten Wochen wird der Entwurf im Rat der Europäischen Kommission beraten. Eine exzellente Einordnung dazu im dritten Background-Blog zum Atlas der Zivilgesellschaft unserer Mitgliedsorganisation "Brot für die Welt": <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/ein-auslaendisches-agenten-gesetz-fuer-die-eu/>

Kontakt

Die Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" ist ein Zusammenschluss von knapp 200 Vereinen und Stiftungen, u.a. Amadeu Antonio Stiftung, Brot für die Welt, Bund der Steuerzahler, Oxfam, Schöpflin Stiftung und Terre des Hommes. Wir sind selbst ein gemeinnütziger Verein.

Infos: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Kontakt: info@zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de
Telefon 06421/620122

Lobbyregister: Wir sind als Interessenvertreterin im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter der Nummer R002707 registriert:
www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R002707

Twitter/X: <https://twitter.com/AllianzPolitWil>

Mastodon: https://bewegung.social/@Allianz_Polit_Willensbildung

BlueSky: <https://bsky.app/profile/zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>